



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

20.05.1997 - Drucksache 14/670

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bericht des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ zum zehnten Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1995 (Mitteilung des Senats vom 28. Januar 1997, Drs. 14/572)

Die Bürgerschaft (Landtag) überwies in ihrer 36. Sitzung vom 20. Februar 1997 den zehnten Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 1994 bis 31. Dezember 1995 (Mitteilung des Senats vom 28. Januar 1997, Drs. 14/572) an den ständigen Ausschuß „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ zur Beratung und Berichterstattung. Der Ausschuß hat den ihm überwiesenen Bericht in seiner Sitzung vom 17. April 1997 beraten und erstattet der Bürgerschaft (Landtag) den nachfolgenden Bericht.

1. Allgemeine Vorbemerkung

Der Ausschuß begrüßt, daß der zehnte Bericht der Bremischen Zentralstelle nicht mehr als reiner Tätigkeitsbericht verfaßt wurde, sondern vermehrt Schwerpunkte sowie Problemfelder der Arbeit aufzeigt. Besonders erfreut ist der Ausschuß über die erstmalige zusammenfassende Darstellung der Arbeitsschwerpunkte der Außenstelle der Bremischen Zentralstelle in Bremerhaven. Da in dem Berichtszeitraum auch die Herauslösung der Zentralstelle als Abteilung 5 aus dem Ressort Arbeit und Frauen lag, möchte der Ausschuß noch einmal betonen, welche zentrale Bedeutung der relativen unabhängigen Stellung der Landesbeauftragten — wie auch durch das Errichtungsgesetz festgeschrieben — aus frauenpolitischer Sicht zukommt. Die Zentralstelle stellt durch ihr „Nicht-Behörden-Image“ ein niedrigschwelliges Angebot als Anlauf- und Beratungsstelle sowohl für einzelne Frauen wie auch für Gruppen, Projekte und Verbände dar. In ihrer über fünfzehnjährigen Arbeit hat sie bewiesen, wie wichtig ihre Arbeit der Vernetzung, der Beratung, der Intervention und der Öffentlichkeitsarbeit ist. Aufgrund ihrer relativen Autonomie konnte sie Frauenpolitik auch als Querschnittsaufgabe in den senatorischen Fachressorts vorantreiben, wobei der Bericht deutlich macht, daß dies stellenweise einer Sisyphusarbeit gleichkommt. Erschwerend kommt hinzu, daß alle Aktivitäten auf dem Hintergrund einer zunehmend schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation für Frauen stattfanden.

2. Schwerpunkte des Berichts

- Mit Besorgnis registriert der Ausschuß die Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 2.078 Plätze für Frauen. Ebenso erschreckend ist der hohe Frauenanteil (86 %) bei den alleinerziehenden Sozialhilfeempfängern/-empfängerinnen, wie auch überhaupt die steigende Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen (5.000 mehr als 1991). Besonders prekär ist der deutliche Anstieg der weiblichen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz fanden. Auf diesem Hintergrund sieht der Ausschuß weiteren Handlungsbedarf des Senats bei den von der Bremischen Zentralstelle unterstützten Aktivitäten in den Bereichen Übergang Schule/Beruf, der Frauenförderung in der Wirtschaftsförderung, der verstärkten frauenpolitischen Ausrichtung der Arbeitsmarktförderungsinstrumente sowie der Verbesserung der Situation von Migrantinnen im Weiterbildungsbereich.

Die im Bericht dargelegte mangelnde Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes wurde vom Ausschuß schon in den entsprechenden Stellungnahmen zu den gesetzlich vorgeschriebenen Senatsberichten beklagt und der Senat zu

entsprechenden Aktivitäten und Unterstützungen der Arbeit der Frauenbeauftragten aufgefordert. An dieser Stelle möchte der Ausschuß allerdings noch einmal auf das frauenverachtende Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Quotenregelung des Bremischen Landesgleichstellungsgesetzes hinweisen. Der Ausschuß erwartet daher vom Senat, daß er verstärkt alle anderen frauenfördernden Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes anwendet und alle Möglichkeiten auf Bundesebene nutzt, damit bei den anstehenden Revisionsverhandlungen des Maastrichter Vertrages der Gedanke der Quotierung zur wirksamen Frauenförderung verankert wird. Lobend erwähnen möchte der Ausschuß in diesem Zusammenhang die vorbildliche bundes- und europaweite Öffentlichkeitsarbeit der Bremischen Zentralstelle, die damit den Frauenbeauftragten wie aber auch allen anderen Frauen den Rücken stärkte.

- Der Ausschuß begrüßt die Ausweitung der Arbeitsgebiete der Bremischen Zentralstelle um die Schwerpunkte „Frauen und Gesundheit“ sowie „Stadtteilbezogene Frauenpolitik“. Der Ausschuß hält die von der Bremischen Zentralstelle ausgehenden neuen Impulse für die fachliche Diskussion im Frauengesundheitsbereich und die Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Frauen für außerordentlich wichtig. Besonderen Handlungsbedarf sieht der Ausschuß im Bereich „Frauen/Mädchen und Sucht“ und erwartet deswegen vom Senat verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich.

Die von der Bremischen Zentralstelle in Bremen-Nord und in der Vahr mitinitiierten Arbeitskreise von Frauen im Stadtteil, um Informationen auszutauschen und eine frauenpolitische Lobby für Anstöße auf Stadtteilebene zu entwickeln, hält der Ausschuß für unverzichtbare Basisarbeit und notwendige Ergänzung zu den frauenpolitischen Aktivitäten auf Stadt- und Landesebene. Er erwartet, daß diese Vernetzungen auch in anderen Stadtteilen von der Bremischen Zentralstelle vorangetrieben werden.

- Der Ausschuß registriert die kritischen Anmerkungen der Bremischen Zentralstelle zu dem Sollcharakter der Empfehlungen zur Berücksichtigung von frauenspezifischen Belangen bei der Stadt- und Verkehrsplanung und erwartet deswegen vom Senat eine verstärkte Beachtung dieser Empfehlungen.
- Der Ausschuß ist außerdem erfreut darüber, daß der Schwerpunkt „Mädchen und junge Frauen im Erziehungs- und Bildungswesen“ verstärkt bearbeitet wurde. Die aktive Mitarbeit der Bremischen Zentralstelle
 - an den Empfehlungen zur Förderung der Mädchenarbeit in der Jugendförderung,
 - an der Durchführung der Mädchenparlamente in Bremen-Nord und Tener,
 - an den nach fünfjähriger Pause stattgefundenen Mädchenaktionstagen,
 - an den Fachtagungen zur Mädchengerechten Jugendhilfeplanung sowie zur Berufsorientierung und Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen,
 - an der Herausgabe des ersten Bremer Mädchenstadtbuches,
 - sowie das Engagement für den Erhalt der Arbeitsgruppe Koedukation beim Senator für Bildung

ist nach Meinung des Ausschusses unabdingbare Voraussetzung dafür, daß wir uns der verfassungsmäßig geforderten Gleichberechtigung von Frauen und Männern tatsächlich annähern. Nur wenn von Kindesbeinen an die geschlechtsspezifischen Unterschiede und Diskriminierungen von Mädchen wahrgenommen und aktiv bearbeitet werden, kann die Gleichberechtigung erreicht werden.

- Positiv ist zu bemerken, daß die Arbeit der Außenstelle der Bremischen Zentralstelle in Bremerhaven verstärkt auf den Bereich Mädchenarbeit ausgerichtet wurde und neben der Durchführung von Frauenwochen zum Thema „Frau und Familie“ und „Gewalt“ auch Mädchentage initiiert wurden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Initiative der Bremischen Zentralstelle zur Bildung einer Frauenkommission der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven sowie die Ausrichtung der 11. Bundeskonferenz kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros in Bremerhaven.

- Der Ausschuß stellt fest, daß die Bremische Zentralstelle in vielfältigen Formen mit wichtigen frauenpolitischen Fragen an die Öffentlichkeit gegangen ist und vermehrt Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchführte und durch ihre vierteljährlichen Kunstaussstellungen aktiv Frauenkultur unterstützte. Der Ausschuß würde es begrüßen, wenn diese öffentliche Präsenz der Bremischen Zentralstelle weiter ausgebaut wird.

3. Schlußbemerkung

Obwohl der Erhebungszeitraum des Berichts relativ lange zurückliegt, ist davon auszugehen, daß die dargestellten Problemlagen sich nicht wesentlich geändert haben beziehungsweise behoben worden sind. Wenn auch auf der Bewußtseins-ebene Frauenpolitik Chancengleichheit heute einen größeren Stellenwert erlangen konnte, fehlt es doch immer noch an vielen Stellen an der praktischen Umsetzung. Dies ist einerseits angesichts der prekären Haushaltslage des Landes Bremen schwieriger geworden, aber andererseits fehlt es auch noch an frauen- beziehungsweise Mädchenspezifischen Ausrichtungen von Programmen in den senatorischen Fachressorts. Angesichts dieser Lage fordert der Ausschuß den Senat auf, die frauenpolitischen Initiativen im konzeptionellen Bereich zu intensivieren, die Anregungen der Bremischen Zentralstelle verstärkt aufzunehmen und trotz notwendiger Sparpolitik die frauenpolitischen Bereiche angemessen zu berücksichtigen.

Maria Spieker
Vorsitzende

